

Selbstbedienung: Ja oder nein?

Abgeordnete diskutieren höhere Diäten

Von unserem Redaktionsmitglied
Sven Borchers

BREMEN. Es sei ein schwieriges Thema, eine schwierige Entscheidung, sagt Volker Kröning. So beschreibt der SPD-Bundestagsabgeordnete die Debatte um die erneute Erhöhung der Diäten innerhalb kurzer Zeit. Er halte die Besoldung für angemessen und stehe dazu, dass die Bezüge erneut angehoben würden. Doch nicht alle seine Kollegen aus dem Bundestag sind seiner Meinung.

Das zeigt unter anderem ein Anruf bei Ina Lenke (FDP). „Ich bin empört“, entgegnet sie auf das Stichwort Diätenerhöhung. Sie trage die „Arroganz der Mehrheit“ nicht mit und stimme entschieden mit einem Nein. Als Abgeordnete habe sie die Bevölkerung zu vertreten und nicht egoistisch zu sein. „Das ist meine Überzeugung.“ Sie lasse sich auch nicht diskriminieren durch Vorwürfe des Populismus. Sie wolle zwar eine angemessene Entschädigung für ihre Arbeit, aber sie mache Politik, weil es ihr wichtig sei. Da spiele das Geld dann keine Rolle.

Die Abgeordneten der Linken spenden das, was sie nach der Erhöhung netto mehr haben, für soziale Zwecke, kündigt Axel Troost an. Er selbst unterstütze den Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit in Bremen. Gegen die Erhöhung sei er dennoch. Die sei deshalb nicht in Ordnung, weil der Wähler keine vergleichbaren Einkommenssteigerungen habe und er die Selbstbedienungsmentalität der Abgeordneten nicht gutheiße.



Pro und Kontra Erhöhung der Diäten: Während Ina Lenke (FDP) empört ist, hält Volker Kröning (SPD) die Besoldung der Abgeordneten durchaus für angemessen. FOTOS: JOCHEN STOSS-FR

Marieluise Beck (Grüne) und Reinhard Grindel (CDU) weisen darauf hin, dass die Bezüge schon vor Jahren an die der Bundesrichter gekoppelt werden sollten. Damit habe gerade der Vorwurf der Selbstbedienung entkräftet werden sollen. Dieser Maßstab sei auch im Parlament unumstritten, meint Reinhard Grindel. Allerdings hätte man die Steigerung vielleicht etwas strecken können, räumt er angesichts der erst jüngst erfolgten relativ hohen Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst ein.

Der Opposition wirft Grindel allerdings vor, wohlfeil und populistisch zu handeln. Außerdem würde er gern wissen, ob die

SPD-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein auch mit Nein stimmen würden, wenn dort nicht in 14 Tagen Wahlen wären. Die Initiative hält auch der SPD-Abgeordnete Volker Kröning für falsch. Er selbst sei für die Erhöhung der Diäten, „weil ich weiß, was ich tue und was ich zu verantworten habe. Punkt!“

Grundsätzlich sagten sie und ihre Parteikollegen nicht Nein zu jeder Erhöhung, würden aber eine unabhängige Kommission beauftragen, meint Marieluise Beck. In diesem Fall würden sie eine Erhöhung aber ablehnen, um so der Forderung nach einer Revision der Altersvorsorge von Abgeordneten Nachdruck zu verleihen.